



P.P. CH-3003 Bern, GS EJPD

Junge Grüne Schweiz  
Waisenhausplatz 21  
3011 Bern

Bern, 6. Juli 2016

### **Petition «Für eine menschliche Flüchtlingspolitik»**

Sehr geehrte Damen und Herren  
Sehr geehrte Mitunterzeichnende

Gerne bestätige ich Ihnen den Erhalt Ihrer Petition vom 20. Juni 2016 und danke allen Unterzeichnenden für ihr Engagement.

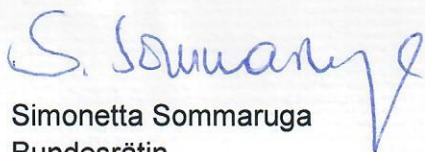
Die Schweiz nimmt ihre Verantwortung gegenüber den Opfern von kriegesischen Konflikten wahr. Seit 2011 hat die Schweiz mehr als 250 Millionen Franken für die humanitäre Hilfe zugunsten der Opfer der Bürgerkriege in Syrien und Irak zur Verfügung gestellt. Sie unterstützt auch die UNO-Friedensprozesse finanziell und organisatorisch. Daneben hat der Bundesrat verschiedene unilaterale Massnahmen beschlossen. Im September 2013 hat er Visaerleichterungen für syrische Staatsangehörige mit Verwandten in der Schweiz eingeführt. Aufgrund dieses Beschlusses wurden 4'700 erleichterte Visa ausgestellt und der Familiennachzug für Flüchtlinge aus Syrien vereinfacht. Im September 2013 und im März 2015 hat der Bundesrat zudem die Aufnahme von 3'500 schutzbedürftigen Flüchtlingen aus der Krisenregion angekündigt. Im Rahmen dieser Programme zur Neuansiedlung (Resettlement) von anerkannten Flüchtlingen und zur Umverteilung (Relocation) von schutzbedürftigen Asylsuchenden aus Italien und Griechenland sowie bei der Gewährung humanitärer Visa nimmt die Schweiz bereits heute gezielt vulnerable Personen wie Familien, unbegleitete Minderjährige oder Kranke auf. Insgesamt hat die Schweiz im letzten Jahr rund 17'000 Menschen als Flüchtlinge anerkannt, vorläufig aufgenommen oder in Anwendung der Härtefallregelung ein Aufenthaltsrecht zugestanden.

In Ihrer Petition fordern Sie ein sofortiges Moratorium für Dublin-Überstellungen. Dublin ist geltendes europäisches Recht und ist deshalb von den Behörden grundsätzlich anzuwenden. Die Mängel des Dublin-Systems (u.a. die ungleiche Verteilung) sind bekannt. Deshalb setzt sich die Schweiz für eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge ein und nimmt freiwillig am Relocation-Programm der EU teil, das eine Umsiedlung von insgesamt 160'000 Personen vorsieht. Die Schweiz setzt sich für eine Reform des Dublin-Abkommens ein, damit überforderte Staaten entlastet werden, und ist offen für einen Verteilschlüssel unter den europäischen Ländern. Bereits heute verzichtet die Schweiz weitgehend auf Überstellungen nach Griechenland. Im Fall von Italien wird in jedem Einzelfall geprüft, ob alle Voraussetzungen für eine Überstellung erfüllt sind. Bei Familien muss zwingend sichergestellt sein, dass Italien für eine angemessene Unterbringung sorgen kann.

Ich bin mir bewusst, dass die Massnahmen und Beiträge der Schweiz und anderer Staaten nicht reichen, um das Leiden von allen Flüchtlingen zu beenden. Der Bundesrat ist aber grundsätzlich bereit, die bestehenden Schutzprogramme weiterzuführen. Im Vordergrund steht dabei das erwähnte Resettlement-Programm, das vom UNHCR anerkannten Flüchtlingen den legalen Zugang zur Asylgewährung in der Schweiz ermöglicht und auf diese Weise verhindert, dass sich diese Flüchtlinge in die Hände von skrupellosen Schleppern begeben müssen.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit diesen Ausführungen zeigen konnte, dass sich die Schweiz bereits heute für eine menschliche Flüchtlingspolitik einsetzt. Dabei ist der Bund darauf angewiesen, dass die Asylpolitik von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wird und in den Kantonen und Gemeinden Rückhalt findet.

Mit besten Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Sommaruga', written in a cursive style.

Simonetta Sommaruga  
Bundesrätin